

GÜNTER KRAUSE

Neoliberale Agenda-Politik oder intelligente wirtschaftspolitische Gestaltung?

Die Lage

Die Bundesrepublik wird heute durch tiefe Instabilität und eine höchst unsichere Zukunft geprägt. Gerade die aktuellen Kämpfe um »Hartz IV« machen dies in aller Deutlichkeit bewußt. Eine Scheidewegssituation ist unverkennbar: *hier* der neoliberale Pfad einer vor allem an Markt- und Renditelogik orientierten Gesellschaft, *dort* die Konturen einer Reformalternative, in der dringend notwendige gesellschaftliche Erneuerungen das Resultat gestaltender Politik sind, die auf soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Vernunft und selbst bestimmtes Leben gerichtet ist.

Mit der Agenda 2010 haben die Herrschenden diesem Land eine als »Reformpolitik« deklarierte Roskur bislang unbekanntes Ausmaßes verordnet. Dabei werden nicht alleine vorhandene soziale Schief lagen weiter vorangetrieben, sondern auch Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft gefährdet. Die Fakten sind eindeutig:

- eine seit gut drei Jahren stagnierende Ökonomie, die wohl einen starken Export, doch eine völlig unterentwickelte Binnenwirtschaft besitzt. Zudem sind hier neue Gefahren bereits erkennbar. So gehen Ökonomen davon aus, daß das Exportwachstum als wichtige Stütze der deutschen Wirtschaft deutlich zurückgehen wird;

»Der Punkt, an dem der Impuls aus dem Export umschlägt in eine Steigerung der Binnenkonjunktur wird vielleicht gar nicht mehr erreicht.«

Udo Ludwig, Institut für Wirtschaftsforschung, Halle, in: *Süd-deutsche Zeitung*, 3. September 2004

- eine seit dem Herbst 2001 *stetig wachsende Massenarbeitslosigkeit*: von 3,7 Mill. Arbeitslosen im Herbst 2001 stieg sie auf annähernd 4,3 im September 2004, für Anfang 2005 sind bereits 5 Millionen im Gespräch;
- eine steigende Zahl von ArbeitnehmerInnen faßt im Jahre 2004 – so die Ermittlungen des DGB-Trendbarometers, das alle zwei Jahre ihre subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen von gesellschaftlichen Prozessen untersucht – die Entwicklungen in der Wirtschaft wie auf dem Arbeitsmarkt als *wachsende persönliche Bedrohung* auf;
- erhebliche Lücken *zwischen Einnahmen und Ausgaben in den öffentlichen und Sozialversicherungshaushalten*, die zu wachsenden Defiziten sowie zu einer erheblichen Verschuldung bei Bund, Ländern und Gemeinden führen;

- massiver *Abbau öffentlicher und sozialstaatlicher Leistungen und Ausgaben* sowie rasche *Erosion der öffentlichen Infrastruktur* als unmittelbare Folge der prekären Lage der öffentlichen Finanzen, was insgesamt vor allem zu Lasten der sozial Schwachen geht;

- in *Ostdeutschland* signalisieren zentrale Indikatoren der ökonomischen und sozialen Entwicklung, dass der »Aufholprozess« seit 1996/97 abgebrochen, *ein dauerhafter selbsttragender Aufschwung nicht in Sicht* ist. Vielmehr ist eine höchst gesplattene Entwicklung vorherrschend: *Einerseits* entstehen einige »Leuchtturm«-Regionen mit zukunftssträchtigen industriellen Projekten, *andererseits* kommt es zur Verfestigung einer ökonomischen Branche mit wenig wettbewerbs- und überlebensfähigen Unternehmen und Gütern;

- während auf der *einen Seite* eine Vielzahl von *ArbeitnehmerInnen und von sozial Schwachen* durch die Politik von Rot-Grün *tiefe Einschnitte* in ihre materielle Lebenslage hinnehmen muß, ermöglicht auf der *anderen Seite* die jüngste Steuerreform den *Einkommensmillionären und Großkonzernen* exorbitante *Steuergeschenke*.

Haushalte mit einem Jahreseinkommen von weniger als 50 000 Euro stellen wohl 81% der Steuerzahler, doch sie erhalten weniger als ein Drittel der Steuergeschenke. Die reichen Haushalte machen nur einen Anteil von 19 % aus, können hingegen aber mehr als zwei Drittel der Steuerentlastungen verbuchen!

Damit wird nicht alleine die soziale Schief lage in dieser Gesellschaft weiter verstärkt. Vielmehr erweist sich eine solche Politik als eine wesentliche Ursache für die Finanznöte der öffentliche Haushalte. Kurz: die rot-grüne Politik verschärft gerade das Problem, das sie zu lösen sucht!

Angesichts der vorhandenen Umstände liegen vor allem zwei Fragen nahe:

Welche Erklärungen gibt es für diese dramatische Lage?

Existieren Alternativen zu dieser Entwicklung und der praktizierten Politik?

Erklärungen der Herrschenden – Rechtfertigungen eines historischen Bruches

Rot-grüne Regierungskoalition, Union und FDP, Großunternehmen und ihre Lobby werden nicht müde zu erklären: Weltweite Globalisierung, der Wandel in der Bevölkerungsstruktur, zu hohe Lohnnebenkosten sowie bisherige Prinzipien des

bundesdeutschen Sozialstaates seien allesamt Ursache des enormen Problemdrucks.

Die Globalisierung habe die Konkurrenz derart entfacht, daß die »Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft« und der »Wirtschaftsstandort Deutschland« generell bedroht seien. Und die Bevölkerungsentwicklung führe bei sinkender Geburtenrate und steigender Lebenserwartung nicht nur zu einer zunehmenden »Vergreisung«, sondern schwäche das ökonomische Leistungspotential der Bundesrepublik. Folge dieser Prozesse wäre eine Überforderung der sozialen Sicherungssysteme. Ansprüche an das bisherige Leistungsniveau des Sozialstaates würden nicht mehr länger finanzierbar sein.

Dieses Erklärungsmuster behandelt die Umbrüche im heutigen Kapitalismus, die Zersetzung der traditionellen Arbeits- und Erwerbsgesellschaft vor allem als eine »Krise des Sozialstaates«. Der Sozialstaat erscheint als der eigentliche Problemverursacher! Natürlich – die Herrschenden betonen, den Wirtschaftsstandort Deutschland »retten«, den Sozialstaat wieder »überlebensfähig« machen zu wollen.

Welches Medikament wird dabei verordnet?

Die Zaubermedizin – in Gestalt von Agenda 2010 und »Hartz« verabreicht – heißt »Reform«: Reform der Arbeitsverwaltung und Arbeitsmarktpolitik, Reform von Arbeitsrecht und Kündigungsschutz, Reform der Gesundheits- und Krankenversicherungssysteme, Reform der Unternehmensbesteuerung sowie Reform der Rentenversicherung.

Danach werden laufend Reformpakete verabschiedet, die – so die ideologische Legitimation – wohl für den Einzelnen schmerzhaft, doch »unausweichlich« seien. Nur diese Politik sichere Stärke und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, führe zur Senkung der Arbeitslosigkeit, löse die Probleme der öffentlichen und Sozialversicherungshaushalte und garantiere so die Zukunftsfähigkeit der bundesdeutschen Gesellschaft.

Sagen wir es deutlich: Der programmatische Kern dieser als »Reformpolitik« ausgegebenen Roskur besteht darin, Wirtschaft und Gesellschaft einem grundlegenden Modellwechsel zu unterziehen – das Jahrzehnte im gesellschaftlichen Konsens vertretene Modell »Sozialstaat Deutschland« wird ersetzt durch ein vorrangig an Verwertungs- und Marktkategorien ausgerichtetes Modell »Unternehmen Deutschland«!

Ziel dieses von der neoliberalen Dreifaltigkeitslitanei »Wettbewerb« – »Privatisierung« – »Kostensenkung« geprägten Konzepts ist es, die Bundesrepublik über die Entwicklung eines auf Shareholder Value fixierten Regimes zum attraktiven Standort für die internationale Finanzkapital-Industrie zu gestalten.

Im Kern ist mittels der »Reformlüge« (Albrecht Müller) der Übergang zu einem gänzlich anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell eingeläutet worden. Flankiert von Vorschlägen der Hartz-, Herzog- oder Rürup-Kommission wird unserem Land ein *problematisches gesellschaftliches Leitbild* aufgezungen, das von Profit- und Markterfordernissen, unternehmerischen Kosten-Nutzen-Kalkülen, Zwängen des Wettbewerbs und Notwendigkeiten der Privatisierung geprägt ist. Und vorgegeben wird ein Menschenbild, in dem der Einzelne zum sich selbst vermarktenden, allseits flexiblen Wesen wird,

das knallhart kalkulierender Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge ist.

Angesichts dessen sei hier unmissverständlich ausgesprochen: Volkswirtschaften und Gemeinwesen können und dürfen nicht nach Rendite- und Kostensenkungskriterien von Großunternehmen geführt werden. Und grundlegende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, in der sozialen Regulation sind Herausforderungen an intelligente Politik – ein schlichtes »Mehr Markt« ist keine zukunftsfähige Option strategischer Gestaltung!

Wie erklären die Herrschenden die Probleme mit Wachstum und Beschäftigung, mit Sozialstaat und Zukunftssicherheit?

Ihre Argumentation basiert vor allem auf einem Thema: dem *Anstieg der Lohnnebenkosten*, der als Beschäftigungshindernis wirke. Deshalb seien erhebliche Leistungseinschränkungen bei der Arbeitslosenversicherung wie etwa die Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, die Praxisgebühr, die Neuregelung der Finanzierung des Krankengeldes, d. h. eine alleinige Beitragsfinanzierung durch die Versicherten sowie beträchtliche Leistungsausgrenzungen und Privatisierungen in der Krankenversicherung politisch auf den Weg gebracht worden.

Mittels rigider Einschränkungen etwa des Leistungsniveaus der Sozialversicherung sollen Beitragssätze gesenkt bzw. ihre Steigerung vermieden werden. Damit wird auf die Lohnnebenkosten in Gestalt der Arbeitgeberbeiträge gezielt und deshalb kurzerhand die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung schrittweise ausgehöhlt. Genau auf dieser Linie liegen Äußerungen des Präsidenten des Bundesverbandes der Industrie, über einen möglichen Ausstieg der Unternehmer aus den Systemen der sozialen Sicherung:

»Unternehmen sollen Arbeit schaffen, während die Beschäftigten die soziale Sicherung und das Gesundheitssystem selbst finanzieren.«
Michael Rogowski, in: Die Zeit, Nr. 39, 16. September 2004

Welche Erkenntnisse drängen sich angesichts dieser einschneidenden Vorgänge auf?

Erstens bürdet die an den Lohnnebenkosten festgemachte Erklärung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme die Lasten ihrer praktischen Lösung einseitig den Millionen von Privathaushalten auf und verschafft hingegen den Unternehmern finanzielle Entlastungen.

Zweitens dokumentieren der Erklärungsansatz wie die hieran ausgerichtete Politik eindeutig die Interessenvertretung der rot-grünen Bundesregierung – für die der Unternehmer, gegen die der Lohnabhängigen!

In der Tat: Die Lohnnebenkosten – ein Teil der Arbeitskosten, der anteilig von Arbeitgebern sowie Arbeitnehmern aufzubringen ist und der sozialen Absicherung der Letzteren vor allem gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter dienen – sind in den zurückliegenden Jahrzehnten gewachsen.

Diese Entwicklung ist insbesondere gestiegenen Beiträgen für die Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung geschuldet, was Ausdruck der lang andauernden Massenarbeitslosigkeit sowie des Umbruchs in der Bevölkerungsentwicklung ist.

Werden nun diese Lohnnebenkosten von den anderen Bestandteilen des Lohnes getrennt und zur Wurzel mangelnden Wachstums und vorhandener Beschäftigungsprobleme gemacht, folgt man einer falschen Spur.

Schließlich sind die Lohnnebenkosten fester Bestandteil des Lohnes, was bedeutet, daß ihre Senkung im Wesen eine Lohnkürzung darstellt. Doch hierfür gibt es nun wahrlich – außer dem Unternehmerinteresse – keine Notwendigkeit. Die bundesdeutschen Arbeitskosten sind unter Bezugnahme auf die Produktivität keinesfalls zu hoch – überzeugendster Beweis ist der auch im Jahre 2004 bestätigte Status der Bundesrepublik als »Exportweltmeister«, der die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen belegt.

Ohne realistischen Erklärungsansatz keine Problemlösung

Ohne eine den gewichtigen Problemen angemessene Erklärung läßt sich kein Ausweg aus der unerfreulichen Lage finden. Vor dem Verschreiben von Rezepten steht ein sicherer Befund!

Was heißt das? Die Krisenlage des »rheinischen Kapitalismus« ist weder kurzfristiger, konjunktureller Natur, noch resultiert sie allein aus einer einzigen Ursache. Vielmehr entspringt sie einem ganzen Bündel eng miteinander verflochtener Prozesse und Faktoren.

Da ist *erstens* auf die »normalen« Widersprüche, auf die permanenten inneren Konflikte und Verwerfungen zu verweisen, die der Verwertungsökonomie des Kapitalismus entspringen.

Zweitens sind da die Wirkungen der tiefgreifenden Umbrüche innerhalb der Strukturen des sozialstaatlichen Nachkriegskapitalismus. Der Fortschritt von Technik und Technologie, der enorme Einfluß der Wissenschaft, die Herausforderungen eines veränderten Umgangs mit Natur und Umwelt, die Prozesse der Globalisierung haben die traditionellen Produktions- und Lohnarbeitsverhältnisse des großindustriellen Kapitalismus aufgebrochen. Ebenso wurden damit seine ökonomischen Kreisläufe, althergebrachte Lebens- und Konsumtionsstile, erkämpfte Sicherheiten des Sozialstaates wie auch tradierte Standards von Geschlechter- und Rollenverhältnissen verändert.

Drittens kam es im Kontext obiger Prozesse zu erheblichen Blockaden auf dem bisherigen Entwicklungspfad des Kapitalismus. Seine Regulationsweise veränderte sich so, daß die gewohnten Muster des Wachstums mit ihren stimulierenden Wirkungen auf Investition und Beschäftigung, auf Einkommen und Konsum nicht mehr einfach fortgesetzt werden können!

Ist damit nun alles hinreichend erklärt? Wohl kaum, denn neben den mehr langfristig wirkenden Faktoren und Veränderungen, die alle entwickelten Volkswirtschaften annähernd im gleichen Maße treffen, spielen auch der Verlauf der Konjunktur in den einzelnen Volkswirtschaften, ihre speziellen Rahmenbedingungen sowie Typ und Schwerpunkte der zur Anwendung kommenden Politik eine entscheidende Rolle.

Unter diesem Aspekt ist *viertens* auf die etwa im Frühjahr 2000 einsetzende Wachstumsschwäche in Deutschland zu verweisen. Das geringere Wachstum reichte nicht aus, um den Zuwachs an Produktivität sowie den Zustrom der neu auf den

Arbeitsmarkt Kommenden aufzufangen. So stieg seit etwa 2001/2002 die Arbeitslosigkeit stark an, ging die Beschäftigtenzahl erstmals seit Mitte der neunziger Jahre spürbar zurück. Ein hiermit verbundener Rückgang im Einkommen und Konsum wirkte wiederum negativ auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zurück – und somit natürlich auf das Wachstum.

Zudem hatte eine insgesamt sehr zurückhaltende gewerkschaftliche Lohnpolitik die Binnennachfrage weiter in Mitleidenschaft gezogen. Da Löhne und Gehälter zentraler Bestandteil des privaten Verbrauchs sind, dieser wiederum wichtigste Komponente der Nachfrage ist, gingen hiervon weitere negative Impulse auf das Wachstum aus.

Fünftens offenbart sich die Zerrüttung der öffentlichen Haushalte als großes Problem. Sie resultiert aus der von Rot-Grün forcierten Veränderung der Unternehmensbesteuerung, die zur massiven Umverteilung zu Gunsten der Kapitalgesellschaften und zu Lasten der Finanzen der Gebietskörperschaften führt. Zudem hat sie den Rückzug gerade großer Unternehmen aus der solidarischen Finanzierung des Gemeinwesens zur Folge. Die erheblichen Mindereinnahmen der öffentlichen Haushalte bewirken wiederum einen erheblichen Rückgang öffentlicher Investitionen, schränken nachhaltig die konsumtiven Ausgaben des öffentlichen Sektors ein – und engen damit die Handlungsspielräume der öffentlichen Hand ein!

Diese Konstellationen machen deutlich:

Die rot-grüne Agenda-Politik ist nicht nur sozial ungerecht, sie ist auch ökonomisch kontraproduktiv. Selbst gesteckte Ziele werden nicht erreicht, weil makroökonomische Grundzusammenhänge mißachtet werden.

Besondere Aufmerksamkeit verdient, daß diese Politik aus der Optik der Volkswirtschaft eine weitere spürbare Senkung der zahlungsfähigen Binnennachfrage bewirkt.

Die *Erklärung hierfür* ist, dass z. B. »Hartz«-Gesetze der Mehrzahl der BürgerInnen Einkommenskürzungen bringen. Das geschieht in einer Situation, in der die eklatante Schwäche der Binnennachfrage ohnehin die Achillesferse der Wirtschaft ist. Wie steht es mit der auf dem Lohnnebenkosten-Argument beruhenden Politik zur »Schaffung besserer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen«? Sie ist nicht nur sozial ungerecht, weil sie beim Umbau des Sozialstaates einseitig die ArbeitnehmerInnen zur Kasse bittet. Sie greift auch gesamtwirtschaftlich zu kurz. Die *Erklärung hierfür* ist, daß die jüngst verabschiedeten Gesetze überwiegend eine *Umverteilung* von bereits *vorhandenen* Mitteln beinhalten. Doch benötigt wird die Bereitstellung *zusätzlicher* Ressourcen – etwa über »frisches« Geld, Kreditschöpfung oder neue öffentliche Investitionsprogramme. Nur so wird ein reales *Mehr* an Beschäftigung, Einkommen und Nachfrage erzielt. Wirtschafts- und Sozialpolitik gemäß der Agenda 2010 verursacht neue Unsicherheiten über zukünftige Entwicklungen. Sie wirkt daher nicht als notwendige »vertrauensbildende Maßnahme« zur Anregung eines positiven Konsum- und Ausgabeverhaltens der BürgerInnen dieses Landes. Die *Erklärung hierfür* ist, daß angesichts von Unsicherheit und Risiken eine nicht geringe Zahl von Menschen dazu neigt,

Hierzu bemerkt der einstige Finanzstaatssekretär und Volkswirt Heiner Flassbeck:

»Im Kern läuft die Ökonomie der Agenda ... darauf hinaus, durch die Kürzung des Arbeitslosengeldes und die Umfinanzierung der Sozialhilfe die Gemeinden zu entlasten und auf diese Weise ein paar öffentliche Investitionen zu finanzieren. Oder anders: Die Arbeitslosen finanzieren jetzt den Straßenbau ... Ist das nicht eine gute Idee? ... Per Saldo ist außer Umverteilung nichts gewesen.« FAZ, 15. März 2003

einen wachsenden Teil des verfügbaren Einkommens auf die »hohe Kante« zu legen. Steigende Sparquote bedeutet jedoch ungenügende Ankurbelung des privaten Verbrauchs, blockiert die benötigten Anstöße der Binnennachfrage.

Schließlich kommen die stets ins Spiel gebrachten »positiven Wirkungen« der jüngsten Steuerreform – »steuerliche Entlastungen« würden insbesondere die konsumtive Nachfrage stimulieren – nicht zum Tragen.

Die Erklärung hierfür ist, daß sie bei den unteren Einkommensgruppen durch die zusätzlichen Ausgaben im Zuge des »Umbaus des Sozialstaates« neutralisiert oder negativ kompensiert werden. Und bei den oberen Einkommensgruppen, wo die Entlastungen üppiger ausfallen, lösen Steuersenkungen makroökonomisch erfahrungsgemäß ohnehin kaum zusätzliche Nachfrageimpulse aus.

Wider das Postulat von der Alternativlosigkeit der Politik

Rot-Grün predigt unter Verweis auf die angebliche »Diktatur der Sachzwänge« die Alternativlosigkeit seines politischen Konzepts. Man wird nicht müde zu erklären: »Zur Politik von Rot-Grün, zur Politik von »Mehr Wachstum und mehr Beschäftigung« gibt es keine Alternative!«

Welche Wirkung geht von diesem Ansatz aus? In der öffentlichen Debatte wird der nachhaltige Eindruck einer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Alternativlosigkeit erweckt. Doch das ist ein höchst gefährlicher Eindruck, weil er maßgeblich zur Entpolitisierung in der Gesellschaft, zu wachsender Politikverdrossenheit und zunehmender politischer Resignation ihrer Bürger beiträgt.

In diesem Zusammenhang sind vor allem Antworten zu zwei wichtigen Fragen erforderlich:

Ist der heutige Raubtierkapitalismus unabwendbar oder ist »eine andere Welt« möglich? Gibt es bereits Grundlagen für realistische Alternativen in Wirtschaft und Gesellschaft?

Die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft waren – dies zur ersten Frage – nie ein für allemal fest geschrieben. Mit anderen Worten: Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik unterliegen der politischen Gestaltung – wenn man/frau es wollen und entsprechenden gesellschaftlicher Druck für einen Politikwechsel, für das Beschreiten eines alternativen Entwicklungspfades mobilisieren. Das herrschende politische Personal erklärt ständig, es gelte, »Kurs zu halten«. Die Wirtschaft könne heute nicht anders gestaltet werden. Doch eine derartige Ausblendung politischer Alternativen ist eindeutig die Bankrotterklärung der Politik!

Zur zweiten Frage: Zweifellos sind nachhaltige Proteste

gegen Geist und Politik der Agenda 2010 absolut notwendig, doch beileibe nicht genug. Vielmehr bedarf es eines attraktiven Angebots realistischer Alternativen zu den neoliberalen Projekten. Dabei werden zum einen konkrete Vorschläge für einen raschen Politikwechsel, also wirtschaftspolitische Alternativen zum Crash-Kurs von Rot-Grün benötigt. Sie müßten der Volkswirtschaft insbesondere unter konjunkturellem Aspekt wieder zu größerer Dynamik verhelfen sowie die soziale Lage und Perspektive der Mehrheit der Bevölkerung deutlich verbessern.

Doch zum anderen geht es zugleich um Alternativen mit transformatorischem Charakter!

Da sind Alternativen gefragt, die Auskunft darüber geben, wie »eine andere Welt«, wie in Zukunft eine sozial gerechtere und solidarischere Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik aussehen soll, welche Leitbilder sie wählt, welcher Entwicklungslogik sie folgt. Natürlich bedarf es hierzu einer ganz erheblichen Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.

Und wie steht es heute mit dem Angebot von Alternativen?

Keine Frage – es gibt national wie international kein Überangebot an politikfähigen, in relevanten Teilen der Gesellschaft auch akzeptierten Alternativmodellen. Doch bei wachsender Pluralität von gesellschaftlichen Akteuren, in Gewerkschaften und Netzwerken, in Initiativen und sozialen Bewegungen, in Parteien wie in der Wissenschaft finden sich – auf unterschiedlicher Argumentationsebene – durchaus ernsthafte Angebote für eine demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft.

So haben etwa Attac und ver.di-Aktivist:innen, das Weltsozialforum und IG-Metaller, die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und der DGB, diverse NGO's und die PDS, Gruppierungen in der SPD und bei den Grünen, die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Sozialverbände sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler bereits solide Bausteine für das Fundament einer möglichen Reformalternative aufgeschichtet. Wir sagen daher in aller Deutlichkeit:

Zur gegenwärtigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik, zur Agenda-Politik von Rot-Grün gibt es Alternativen. »Basta!« ist nicht das letzte Wort, wenn es um notwendige Veränderungen geht!

Für die absehbare Zeit gilt es nun, wenige zentrale »Einstiegsprojekte« in einen Richtungswechsel der Politik, die gewissermaßen am Beginn des Pfades zu einer Reformalternative stehen, zu bestimmen. Sie sollten auf jeden Fall

- von Realismus geprägt, also machbar sein,
- wirkliche Verbesserungen für eine möglichst große Zahl von ArbeitnehmerInnen sowie sozial Schwachen auf den Weg bringen,
- Identifikation und Mobilisierung befördern,
- Räume und Chancen für weitergehende Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft eröffnen.

Welche Projekte im einzelnen nun konkret formuliert werden, wird Resultat eines offenen demokratischen Diskussions- und Suchprozesses der alternativen Kräfte und Gruppen sein.